

GERMAN-FOREIGN-POLICY.COM

Informationen zur deutschen Außenpolitik : Nachrichten + Interviews + Analysen + Hintergrund

Der Musterpartner driftet ab 04.05.2017



BERLIN/CHISINAU (Eigener Bericht) - Im Machtkampf gegen Russland stehen Berlin und die EU vor einem Rückschlag in Südosteuropa. Das einstige "Musterland" der "Östlichen Partnerschaft" der EU, die seit dem 1. Juli 2016 formal mit der Union assoziierte Republik Moldau, entgleitet dem Einfluss Berlins und Brüssels immer mehr. Nach dem Amtsantritt des prorussischen Präsidenten Igor Dodon im Dezember 2016 hat die von Russland angeführte Eurasische Wirtschaftsunion (EAWU) im April dem kleinen südosteuropäischen Land den Beobachterstatus in ihren Reihen zugewilligt. Aktuelle Umfragen zufolge könnte Dodons prorussische Partei bei den nächsten anstehenden Parlamentswahlen mit einer klaren Mehrheit rechnen. Eine umfassende Abkehr von der EU und ein Beitritt zur EAWU wäre dann nicht mehr auszuschließen. Die Entwicklung ist auch eine Folge der Tatsache, dass Berlin und Brüssel zur Einflussicherung in der Republik Moldau auf im Land verhasste Oligarchen gesetzt haben. Einer von ihnen, der die gegenwärtige Regierung kontrolliert, sucht mit einer Wahlrechtsänderung seine Macht zu sichern.

EAWU-Beobachter

Wie der seit Dezember amtierende moldauische Präsident Igor Dodon Mitte April bekanntgab, ist sein Land fortan Beobachtermitglied der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU), der bisher Armenien, Belarus, Kasachstan, Kirgisistan und Russland als Vollmitglieder angehören. Im März hatte Dodon den Obersten Rat der EAWU gebeten, der Republik Moldau einen Beobachterstatus zu verleihen. Politiker der nominell auf die EU ausgerichteten Regierung protestierten gegen diesen Schritt.[1] Laut Verfassung der Republik Moldau ist die vom Parlament getragene Regierung und nicht das Staatsoberhaupt für die Außenpolitik zuständig. Ob und wie das Land nun tatsächlich an der eurasischen Integration teilnimmt, ist noch offen.

Zwei Wahlniederlagen

Bereits zuvor hatte sich abgezeichnet, dass sich die außenpolitische Ausrichtung der Republik Moldau und der von ihr abgespaltenen, nicht anerkannten Republik Transnistrien ändern dürften. Sowohl die Präsidentschaftswahlen in Moldau im Oktober 2016 als auch den korrespondierenden Urnengang in Transnistrien im Dezember gewannen Politikerinnen und Politiker, die nicht auf eine vorrangige Kooperation mit Berlin, Brüssel und Washington setzen. Die moldauischen Wahlen am 30. Oktober (erste Runde) und 13. November 2016 (zweite Runde) gewann Igor Dodon, der Kandidat der Partei der Sozialisten der Republik Moldau (PSRM). Dodon hatte sich im Wahlkampf für einen Beitritt zur Eurasischen Wirtschaftsunion, die Anerkennung der Krim als russisches Staatsgebiet und die Vereinigung Transnistriens mit der Republik Moldau im Rahmen einer Föderation stark gemacht. Um seinen Wahlsieg zu verhindern, hatte die von der CDU dominierte Europäische Volkspartei (EVP) in den Wahlkampf interveniert. Im Wahlkampfstab von Dodons stärkster Konkurrentin, der neoliberalen Pro-EU-Politikerin Maia Sandu, hatte ein Mitarbeiter der EVP gearbeitet, obwohl Sandus Partei, die Partei Aktion und Solidarität (PAS), nicht Mitglied bei dieser ist.[2] Die Wahlen zum Staatsoberhaupt des international nicht anerkannten Transnistriens am 11. Dezember 2016 wiederum gewann wenig überraschend der Kandidat der Erneuerungspartei, Wadim Krasnoselski. Dieser steht - ebenso wie Dodon - für einen pro-russischen Kurs.

Erste Reise

Die erste Reise als moldauischer Präsident führte den Sozialisten Igor Dodon in das abtrünnige Transnistrien. Dort traf er sich mit Neu-Präsident Krasnoselski, dem Sieger der transnistrischen Präsidentschaftswahlen vom Dezember 2016. Dodon und Krasnoselski sprachen unter anderem über die Anerkennung der jeweiligen staatlichen Dokumente über die international nicht anerkannte Grenze hinaus.[3] Dodon hat die Lösung des Transnistrien-Konflikts zu einer seiner Prioritäten erklärt. Mit einem Beitritt Transnistriens zur Republik Moldau würde sich deren Wählerschaft nachhaltig verändern; auf absehbare Zeit schiene eine pro-russische Mehrheit sicher.

Erster Staatsbesuch

Als Ziel für seinen ersten regulären Staatsbesuch wählte Moldaus neuer Präsident Russland aus. Bei diesem Anlass erkannte er die transnistrischen Staatsschulden beim russischen Gasmonopolisten Gazprom an. Dieser Schwenk nach 25 Jahren moldauischer Nichtanerkennung führt dazu, dass die Republik Moldau ihre Staatsschulden in Moskau auf einen Schlag verdreizehnfacht hat - von 500 Millionen US-Dollar auf 6,5 Milliarden

US-Dollar.[4] Im Gegensatz zu den pro-westlichen Regierungen der vergangenen zehn Jahre verlangte Dodon bei seinem Staatsbesuch keinen Abzug der russischen Truppen aus Transnistrien als Teil einer Friedenslösung.[5] Die neuen außenpolitischen Akzente bedeuten eine deutliche Abkehr vom bisherigen, klar auf die EU orientierten Kurs der Republik Moldau.

Mehrheit gegen die EU

Auch wenn im moldauischen Parlament bisher noch Parteien dominieren, die auf die zum 1. Juli 2016 in Kraft getretene Assoziierung mit der EU und auf eine mögliche Mitgliedschaft in der Union setzen, könnte sich das beim nächsten Urnengang deutlich ändern. Laut der aktuellsten Umfrage für die planmäßig 2018 anstehenden Parlamentswahlen kann die PSRM mit 54 Prozent der Stimmen rechnen. Die neoliberale Pro-EU-Partei PAS von Maia Sandu kommt nur auf 28,1 Prozent der Stimmen.[6] Damit kann die PSRM, die auf den Beitritt zur EAWU setzt, vielleicht sogar auf eine Zweidrittelmehrheit im Parlament hoffen. Mit dem nächsten Urnengang wäre dann die EU-Assoziierung der Republik Moldau beendet und die deutsche Politik in dem südosteuropäischen Land gescheitert.

Geringeres Übel

Um die PSRM von der Regierung abzuhalten, setzt die Bundesregierung aktuell auf eine Stabilisierung des Oligarchensystems um den neutralistisch orientierten Geschäftsmann und Politiker Vladimir Plahotniuc.[7] Die von ihm kontrollierte derzeitige moldauische Regierung ist bestrebt, das Wahlrecht zu ändern, um einen Sieg der Plahotniuc genehmen Kräfte bei der nächsten Parlamentswahl zu sichern. Demnach soll die Hälfte der Abgeordneten per Direktwahl bestimmt werden, was Plahotniuc die Chance eröffnen könnte, sich mittels "unabhängiger Kandidaten" eine Mehrheit im Parlament zu sichern.[8] Seine Partei kommt laut der aktuellsten Wahlumfrage gerade einmal auf eine Unterstützung von 4,4 Prozent.[9] Zuletzt hat die Sozialistische Internationale, bei der die SPD Mitglied ist und lange Zeit dominierend war, Plahotniuc unter die Arme gegriffen und den moldauischen Oligarchen auf ihrer jüngsten Vollversammlung Anfang März zu einem ihrer Vizepräsidenten gewählt.[10]

Lieblingsoption

Wenngleich Berlin, Brüssel und Washington derzeit taktisch auf gute Beziehungen zum Oligarchen Plahotniuc setzen, ist dies nicht die Option, die die strategischen Eliten im Westen favorisieren. Plahotniucs Demokratische Partei orientiert nicht auf eine neoliberale Schocktherapie und bemüht sich außenpolitisch - parallel zur EU-Assoziierung - um gute Beziehungen zu Russland. Auf lange Sicht werden deshalb in den Staaten der EU und der NATO diejenigen Politiker favorisiert, die eine scharfe Abgrenzung gegenüber dem Osten

anstreben. Laut Experten wäre den entscheidenden Kräften in der EU weiterhin ein Wahlsieg der neoliberalen Kandidaten Maia Sandu und Andrei Nastase am liebsten; beide werden regelmäßig nach Brüssel eingeladen.[11] Nur mit einem Wahlsieg ihrer Partei bei den nächsten Parlamentswahlen kann aus Sicht Berlins die EU-Assoziierung der Republik Moldau auf Dauer gesichert werden.

[1] Moldawien rückt noch näher an Russland. euractiv.de 19.04.2017.

[2] Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage von Andrej Hunko et al.: Entwicklung nach den Wahlen in der Republik Moldau im Herbst 2016. Deutscher Bundestag, Drucksache 18/11652 vom 23.03.2017.

[3] New Moldovan, Transdnister Leaders Hold Closed-Door Meeting. rferl.org 04.01.2017.

[4] President Dodon recognizes Transnistrian Gas Debts as Moldova's aggregate Debt. infotag.md 18.01.2017.

[5] Moldova's President in the Kremlin: A Snapshot of Moldova-Russia Relations. jamestown.org 26.01.2017.

[6] Schimbări majore pe filiera politică: Doar 2 partide ar accede în Parlament, dacă duminica viitoare ar avea loc alegeri. independent.md 23.03.2017.

[7] David X. Noack: Berlin setzt auf Oligarchen. junge Welt 29.03.2017.

[8] Mihai Popșoi: Moldovan President Seeks Regime Change Via Referendum. Jamestown Foundation: Eurasia Daily Monitor, Jg. 14, Nr. 29, 06.03.2017.

[9] Schimbări majore pe filiera politică: Doar 2 partide ar accede în Parlament, dacă duminica viitoare ar avea loc alegeri. independent.md 23.03.2017.

[10] Vlad Plahotniuc is elected deputy president of Socialist International. en.publika.md 03.03.2017.

[11] Andrey Devyatkov: Elections are coming: managed destabilization of Moldovan-Russian relations. lact.ro 14.03.2017.

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com